

„kleiner Pressespiegel“,

zum anti-nationalistischen Charakter der PKK, von 1994 bis 2017.  
In Rojava, der Basis-Demokratie im Norden Syriens, wird es gelebt.

*Diese Liste ist entstanden, weil in vielen Medien-Beiträgen die PKK immer noch für einen „eigenen Kurdenstaat“ kämpft, was über 25 Jahre nicht mehr stimmt. Ergebnis: Der breiten deutschen Öffentlichkeit ist dies nicht bekannt.*

**ZEIT ONLINE 01.04.1994: „Hat das Verbot die PKK noch gestärkt?“**

<https://www.zeit.de/1994/14/hat-das-verbot-die-pkk-noch-gestaerkt>

[...] Aber die Bonner Regierung wäre gut beraten, den PKK-Führer schlicht beim Wort zu nehmen. Da er [Abdullah Öcalan] selbst von der Forderung nach einem eigenen Staat öffentlich Abstand nimmt, kann sie [die Bonner Regierung], wie Heiner Geißler fordert, die Initiative für Verhandlungen ergreifen. Ziel wäre, so Geißler [...], ein „Autonomiestatut für Kurdistan“. Damit blieben die Kurden Bürger des türkischen Staates, aber könnten kulturell eigenständig leben. [...] [Für nichts anderes kämpft diese kurdische Demokratie-Bewegung seit über 25 Jahre !]

**ZEIT ONLINE 05.04.1996: "Ich will den Dialog mit Bonn"**

[https://www.zeit.de/1996/15/Ich\\_will\\_den\\_Dialog\\_mit\\_Bonn](https://www.zeit.de/1996/15/Ich_will_den_Dialog_mit_Bonn) [...]

ZEIT: Trotz des PKK-Verbotes unterhalten Sie aber Kontakte zu deutschen Behörden.

Öcalan: Ich habe Herrn Grünwald vom Bundesnachrichtendienst empfangen und Heinrich Lummer [früherer Berliner CDU-Innensenator]. Wir haben gute Gespräche geführt und uns darauf geeinigt, daß es keine Gesetzesverstöße der Kurden mehr geben wird und als Gegenleistung keine polizeilichen Übergriffe [...]

ZEIT: Und was verlangen Sie? Einen kurdischen Staat?

Öcalan: Zunächst einmal fordern wir ein Ende des Ausnahmezustandes in Anatolien, ein Ende der militärischen Willkür und der systematischen Zerstörung kurdischer Dörfer sowie der Vertreibung von Kurden aus ihrer Heimat. Langfristig wollen wir ein Zusammenleben von Türken und Kurden innerhalb eines gemeinsamen föderativen Staates, vergleichbar etwa der Regelung in der Schweiz oder in Belgien.

ZEIT: Die Grenzen der Türkei wollen Sie nicht ändern?

Öcalan: Nein. Separatismus liegt nicht im Interesse der Kurden. [...]

**DER SPIEGEL 48/1996: „Ich bin die erste aller Tauben“**

<https://www.spiegel.de/politik/ich-bin-die-erste-aller-tauben-a-85c8b814-0002-0001-0000-000009122895?context=issue> [...]

SPIEGEL: Muß es denn unbedingt ein unabhängiger Staat sein? Ein hoher Prozentsatz der kurdischen Bevölkerung lebt doch ohnehin schon seit langem in türkischen Ballungszentren.

Öcalan: Kurden und Türken sind keine Blutsfeinde. Natürlich gibt es Kompromißlösungen, mit denen alle leben können.

SPIEGEL: Schwebt Ihnen ein Autonomiemodell vor etwa nach dem Muster der palästinensischen Selbstverwaltung?

Öcalan: Alle Vergleiche mit den Palästinensern hinken. Ich könnte mir eher ein bundesstaatliches Modell nach Schweizer Vorbild vorstellen. Auch der Gedanke an einen Staatenbund ist diskutabel [Beispiel ist Europa !]. [...]

**taz.de 27.07.2009: „PKK-Chef sucht politische Lösung: Öcalans Fahrplan zum Frieden“**

<https://taz.de/PKK-Chef-sucht-politische-Loesung/!5159110/>

ISTANBUL taz | Wer vor einigen Tagen die größte türkische Tageszeitung Hürriyet in Händen hielt, fühlte sich kurzzeitig an eine Fälschung der New York Times erinnert. Denn die Schlagzeile des einflussreichsten Blatts des Landes widmete sich einem Friedensplan von Abdullah Öcalan, dem seit zehn Jahren auf der Gefängnisinsel Imrali inhaftierten Chef der kurdischen PKK.

Dass das Ganze kein Fake war, zeigte sich im Innenteil des Blatts, wo Chefredakteur Ertugrul Özkök über ein Treffen mit Anwälten Öcalans berichtete, bei dem diese ihm die Roadmap zum Frieden erläutern hätten. Weitere Gespräche sollen folgen.

Das in Vorbereitung befindliche Papier zur "Lösung der kurdischen Frage" ist nicht der erste Vorschlag dieser Art, den Öcalan der türkischen Regierung unterbreitete. Aber es ist das erste Mal, dass ein Vorschlag des PKK-Chefs bei wichtigen türkischen Meinungsführern auf Interesse stößt. Neben Özkök sehen auch andere prominente Kolumnisten wie Mehmet Ali Birand die Regierung durch Öcalans Vorschlag, der offiziell am 15. August veröffentlicht werden soll, in Zugzwang. [...]

**taz.de 04.04.2013: „Frieden mit der PKK: Erdogan will das Volk überzeugen“**

<https://taz.de/Frieden-mit-der-PKK/!5070062/>

ISTANBUL taz | Mit einem Treffen im Dolmabahce-Palast in Istanbul hat die türkische Regierung am Donnerstag eine Offensive eingeleitet, um ihre Friedenspolitik gegenüber der kurdischen PKK besser zu vermitteln. 63 Prominente aus Kultur, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien, handverlesen von Ministerpräsident Tayyip Erdogan, sollen in den nächsten Wochen auf Veranstaltungen und in Gesprächen dem Volk die Friedenspolitik der Regierung schmackhaft machen. [...]

Ziel der Mission ist es, Fragen und Kritik in der Bevölkerung aufzufangen und den Leuten klar zu machen, warum es jetzt sinnvoll ist, mit PKK-Chef Abdullah Öcalan und seinen Leuten zu reden. In den vergangenen 30 Jahren wurden sie als Terroristen verteufelt. [...]

**ZEIT ONLINE 17.08.2015: „Türkei: Warum schweigt Öcalan?“** [Seit 04.04.2015 war er in totaler Isolationshaft !?! ]

<https://www.zeit.de/politik/ausland/2015-08/oecalan-haft-pkk-friedensprozess-gestoppt/komplettansicht>

[...] Bei den Feierlichkeiten in Diyarbakir wurde aus einem Grußwort Öcalans vorgelesen: "Vor Millionen Zeugen sage ich: Endlich beginnt eine neue Ära, in der statt Waffen die Politik im Vordergrund steht!" Das Time Magazin zählte ihn daraufhin zu den 100 wichtigsten Persönlichkeiten des Jahres, und nannte Öcalan eine "Stimme des Friedens". Und obwohl Ankara im Herbst letzten Jahres [2014] dem Überfall des "Islamischen Staates" auf kurdische Kämpfer im nordsyrischen Kobane tatenlos zusah, und es daraufhin zu tödlichen Ausschreitungen zwischen Kurden und türkischen Sicherheitskräften in der Türkei kam, wurde der brüchige Friedensprozess weitergeführt.

Am 28. Februar dieses Jahres [2015] präsentierten der Regierungsvize Yalçın Akdoğan und der HDP-Politiker Sırrı Sureyya Önder die sogenannte Erklärung von Dolmabahçe. In dem Plan diktierte Öcalan zehn Punkte als Grundlage für weitere Verhandlungen und forderte die PKK auf, sich zu entwaffnen. Aus Regierungskreisen hieß es damals, ein erfolgreicher Abschluss des Friedensprozesses stehe unmittelbar bevor. [...] [viel Hintergrund Info !]

**Tageblatt.lu, Luxemburg 13.03.2017: Interview mit Kerem Schamberger Wissenschaftler der Ludwig-Maximilians-Universität München: „Der rote Bayer und die Kurden“**

<https://www.tageblatt.lu/nachrichten/der-rote-bayer-und-die-kurden-31154789/>

[...] Wenn man sich zum Beispiel die kurdische Freiheitsbewegung, die PKK, anschaut, so handelt es sich um eine explizit antinationalistische, antistaatliche Bewegung.

Sie identifiziert den Nationalstaat neben dem Kapitalismus als eine der Hauptursachen der derzeitigen Konflikte im Nahen Osten. Deshalb ist ihr Ziel nicht die Errichtung eines Nationalstaats, sondern eines demokratischen Konföderalismus.

Es basiert auf einem großen Rätssystem, das beim Stadtteil anfängt, über die Stadt, die Gegend und bis hin zum Kanton reicht. Das nordsyrische Rojava hat in Anlehnung an die Schweiz ein Kantons-Modell. Es wird von unten nach oben basisdemokratisch organisiert. [...]

Die PKK lehnt zum Beispiel Nationalstaaten ab, weil sie immer auf der Definition von Identität basieren. Wenn man jedoch eine Identität definiert, passiert dies in Abgrenzung zu anderen. Ein Nationalstaat würde demnach immer wieder etwas ausgrenzen.

Die Zusammensetzung im Nahen Osten ist jedoch so komplex – Assyrer, Aramäer, Christen, Armenier, Kurden, Araber –, dass die Entwicklung eines eigenen kurdischen Nationalstaates nicht wieder auf der Ausgrenzung zum Beispiel der Araber basieren könnte.

Deshalb versucht man, das Rätssystem einzuführen, in dem sich die ganze Vielfalt der dort lebenden Menschen widerspiegelt. Es gibt eigene Vertreter für ethnisch-konfessionelle, aber auch für Berufsgruppen. Es ist eine Utopie, die man dort unter widrigsten Bedingungen versucht umzusetzen. [...]

**taz 15.09.2017 aus Le Monde diplomatique: „Demokratische Enklave in Nordsyrien“**

<https://taz.de/Aus-Le-Monde-diplomatique/!5447214/>

[...] Die PKK sieht sich heute als antinationalistische Bewegung, strebt also nicht mehr die Gründung eines kurdischen Nationalstaats an. Öcalan hat die Ziele der PKK 2012 so definiert: „Sie beabsichtigt die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Völker durch die Ausweitung der Demokratie in allen Teilen Kurdistans, ohne die bestehenden politischen Grenzen infrage zu stellen.“ Das gilt auch für die syrische PYD: „Wir wollen uns nicht von den anderen syrischen Gebieten abspalten“, betont Siham Queryo, Ko-Präsidentin des Komitees für auswärtige Angelegenheiten der Autonomieregierung im Kanton Cizre. „2013 [Beginn des Bürgerkrieges 2011] einigten sich Kurden, Araber und Syriaker [Christen] in der Region [„Rojava“] darauf, eine autonome Regierung zu bilden. [...]